

## Der Weg zur Einheit von Hanns-Erich Kaminski

Ist die deutsche Linke nur ein imaginäres Gebilde, ein literarischer Begriff, eine politische Konstruktion? Nein und dreimal nein! Sie ist organisatorisch gespalten, durch Parteikämpfe verfeindet, und wer sie nur von weitem betrachtet und folglich nur ihre Spitzen sieht, dem mag es scheinen, als sei die Entfernung zwischen ihren einzelnen Teilen unendlich groß. Dennoch ist die Spannung zwischen den Massen sehr viel kleiner als zwischen den Führern. Vor allem in der Arbeiterschaft wächst die Sehnsucht nach Aktivität und die Überzeugung, daß sie nicht erfolgreich sein kann ohne Einheit.

Was sollen wir tun, um dieses Ziel zu erreichen? Sollen wir aus unsern Parteien, die die Spaltung konservieren, austreten und uns andern, einheitsfreudigeren Gruppen anschließen? Oder sollen wir auf den Wunsch zur Einheit verzichten, der unsern Wunsch zur Aktivität lediglich verdächtig macht? Und ist Aktivität ohne Einheit überhaupt möglich? Diese Fragen treten heute an jeden heran, der sich durch das, was er sagt oder schreibt, ein wenig Vertrauen erworben hat. Ihnen auszuweichen, wäre Feigheit.

Zunächst freilich muß man den Begriff der Einheit klären. Ja, es gibt eine deutsche Linke, aber gemeinsam ist ihr nur das Gefühl, ein Ganzes zu bilden, als ein Ganzes angegriffen zu sein und sich als ein Ganzes verteidigen zu müssen. Zu welchem Ziel und mit welchen Methoden ihr Kampf geführt werden soll, ist jedoch unklar, es gibt darüber mindestens zwei gänzlich verschiedene Auffassungen, nämlich die kommunistische und die sozialdemokratische. Die Anschauung, die beiden Parteien brauchten sich nur zu verschmelzen, damit alles gut werde, ist darum rein sentimentaler Natur.

Der Gegensatz zwischen der Idee der demokratischen Reform, die die SPD, und der bolschewistischen Revolution, die die KPD vertritt, ist nicht von ungefähr entstanden. Er ist keine Folge von Mißverständnissen oder bösem Willen, er beruht vielmehr auf einer grundsätzlich verschiedenen Einschätzung unsrer Epoche. Dieser Gegensatz kann nicht verwischt, er muß ausgetragen werden. Wäre eine Verschmelzung

der beiden Parteien überhaupt möglich, so würden die Auseinandersetzungen, die jetzt von Partei zu Partei geführt werden, dadurch nur in die Gesamtpartei verlegt werden. Das unvermeidliche Ergebnis aber wäre, daß diese Gesamtpartei erst recht aktionsunfähig wäre. Die Forderung der Einheit durch Verschmelzung ist also sinnlos.

Womöglich noch unfruchtbarer ist die offiziell von den Parteien verfochtene Meinung, die Einheit müsse durch Unterwerfung der Konkurrenz zustande kommen. Daß keine der beiden Arbeiterparteien imstande ist, die andre zu vernichten, darf nachgerade als erwiesen gelten. Selbst wenn aber, getrieben von dem Wunsch nach Einheit um jeden Preis, alle Sozialdemokraten in die KPD oder alle Kommunisten in die SPD einträten, wäre damit nichts gewonnen. Denn diese Proselyten würden in die andre Partei nur mit innern Vorbehalten eintreten, sie würden ihre alte Mentalität mitbringen, und ehe sie zu richtigen Sozialdemokraten oder zu richtigen Kommunisten werden würden, müßte eine lange Erziehungsarbeit an ihnen geleistet werden. Der Hinweis auf die Verschiebung der Wähler besagt dagegen gar nichts; Wähler sind noch keine Parteimitglieder.

Ebenso würde es sehr lange dauern, wenn größere Massen die Einheit durch ihren Beitritt zu einer dritten Partei verwirklichen wollten. Parteien entstehen nicht aus dem Nichts. Und wenn schon große Parteien viel Zeit brauchen, um ihr Menschenmaterial zu amalgamieren, so würde eine neue Arbeiterpartei Jahre brauchen, bis sie wirklich schlagkräftig wäre, Jahre, die erfüllt sein würden von theoretischen Diskussionen. Zeit aber hat die Linke gegenwärtig wahrhaftig nicht zu verlieren, am wenigsten für die Wiederaufwärmung so alter Streitfragen wie es die Probleme der Demokratie und der Diktatur sind.

Die Arbeiterparteien können folglich nicht verschmolzen werden, man kann auch nicht darauf warten, daß die eine die andre auffrißt, und es wäre schließlich auch ein allzu riskantes Experiment, eine dritte Partei aufzubauen. Jede dieser Methoden würde die Aktionsmöglichkeit der Linken statt zu stärken nur schwächen. Und es versteht sich von selbst, daß die Einheit nicht an sich wünschenswert ist sondern lediglich als Mittel zu größerer Aktivität.

Dennoch ist klar, daß die Linke an Stoßkraft und Anziehungskraft unendlich gewinnen würde, wenn sie als Ganzes auftreten könnte und sich nicht mehr im Bruderkampf zu zersplittern brauchte. Unmöglich ist es nur, die Frage der Einheit organisatorisch zu lösen, von welcher Seite man sie auch anpackt. Wohl aber ist möglich, daß die beiden Parteien sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden.

Die Einheit der Linken, die Einheit der Arbeiterklasse, kann demnach nur bedeuten, daß die Arbeiterparteien in bestimmten Situationen vereint handeln, wenn auch getrennt denken. Und daß eine solche Situation jetzt vorhanden ist, bedarf keines Beweises. Denn jetzt handelt es sich nicht darum, wie die Macht im Staat auszuwerten ist, sondern darum, sie erst einmal wieder zu erobern.

Damit die Parteien aber gemeinsam handeln können, müssen sie zunächst einmal überhaupt handeln. Nicht die Einheit führt also zur Aktivität, sondern die Aktivität führt zur Einheit und dadurch freilich zu noch größeren Aktionsmöglichkeiten.

Ein taktisches Bündnis nun kann selbstverständlich nur von Partei zu Partei geschlossen werden. Und der Einzelne kann am meisten dafür tun, indem er in seiner Partei bleibt und dazu beiträgt, sie bündnisfähig und bündniswillig zu machen; Oder mit andern Worten; indem er sich bemüht, sie zu größerer Aktivität gegenüber der Reaktion zu veranlassen.

Niemand kann sich darüber täuschen, daß das in der Praxis Opposition gegen die herrschenden Parteiführungen bedeutet. Auch die Parteiführer dürften nämlich begreifen, daß ihre Parteien sich um so näher kommen müssen, je nachhaltiger jede für sich gegen die Gegenrevolution auftritt. Würden Sozialdemokraten und Kommunisten heute zum Beispiel alle Kräfte auf den Kampf gegen die neueste Notverordnung konzentrieren, so wäre die Herstellung einer taktischen Einheitsfront unvermeidlich, sie würde sich ganz von selbst ergeben, auch und grade wenn beide Parteien sich zunächst um die Nachbarpartei überhaupt nicht kümmern. Wer die Einheit verhindern will, muß daher auch vor einer Aktivität zurückschrecken, die über die „normale“ politische Tätigkeit hinausgeht.

Es ist denn auch kein Zufall, daß in beiden Arbeiterparteien eine Mißstimmung herrscht, die sich in erster Linie nicht gegen den mangelnden Einheitswillen sondern gegen die mangelnde Aktivität der Zentralen richtet. Die Unzufriedenen fühlen recht gut, daß die Unfähigkeit, die Einheit zu schaffen, nur ein Teil jener Impotenz ist, die überhaupt nicht mit der gegenwärtigen Situation fertig wird. Bezeichnend ist es dabei, daß die Opposition in beiden Parteien nicht von altbekannten Oppositionellen geführt wird — die sind längst ausgeschlossen oder ausgetreten —, sondern daß sie Leute erfaßt hat, die sonst brav jeder Parole folgten, ja, daß sie sogar parteivorstandstreue Funktionäre anzustecken beginnt.

Hoffentlich werden sich diese Oppositionen organisieren, obgleich das in den Zentralbureaus beider Lager als das größte Verbrechen gilt. Denn wenn es den Oppositionen nicht gelingt, die Parteien zu aktivieren, besteht die Gefahr, daß der Erdrutsch, dem alle bürgerlichen Parteien zum Opfer gefallen sind, bald auch den Marxismus ergreift. Grade wer jede Schwächung der Arbeiterparteien als das größte Unglück ansehen würde, muß darum wünschen, daß die Opposition in ihnen alle Unzufriedenen zusammenfaßt und zum Erfolg führt.

Für die Sozialdemokratie ist das völlig klar. Ihre gesamte Politik beruhte bisher auf der Theorie, wir lebten in einer Epoche, in der Kapitalisten und Proletarier ungefähr gleich stark seien und einander nicht viel tun könnten. Es käme daher darauf an, ihre Parität auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens festzulegen; dann hätte das Proletariat die beste Basis für seinen allmählichen Aufstieg. Jetzt ist die „funktionelle Demokratie“ zerbrochen, und ihre Charta, die Weimarer Verfassung, ist nur noch ein Schemen. Entweder war also die

Theorie falsch, oder die Partei hat sie falsch angewandt. Irgendwo muß der Fehler doch stecken. Jedoch vergeblich sucht man in den Organen der Sozialdemokratie nach einem Wort der Rechtfertigung ihrer bisherigen Politik. Die Opposition in der Partei hat es verhältnismäßig leicht, hier anzusetzen und die Frage aufzuwerfen, ob die Sozialdemokratie an ihrer Theorie und selbst an ihrer Praxis auch in Zukunft festhalten darf oder woran sie sich nun eigentlich orientieren soll.

Aber auch bei den Kommunisten herrscht eine Selbstgefälligkeit, die erschreckend ist. Die führenden Schichten der Partei berauschen sich an ihrem Wahlerfolg, den sie ohne weiteres mit der fortschreitenden „Bolschewisierung“ des deutschen Proletariats gleichsetzen, ohne sich zu überlegen, ob er nicht einfach auf der Verärgerung dieser neuen Wähler durch die Passivität der SPD beruhte. Oder sind diese „bolschewisierten“ Wähler auch nur zu einem kleinen Teil Parteimitglieder geworden? In jedem Fall muß selbst Thälmann zugeben, daß die deutsche Arbeiterklasse am 20. Juli eine Niederlage erlitten hat und daß die Generalstreikparole der Kommunisten wirkungslos blieb. Wenn aber das Proletariat eine Niederlage erleiden und die Kommunistische Partei gleichzeitig einen Sieg erfechten konnte, dann sind sie also nicht identisch, dann können die Kommunisten auch nicht allein die Interessen des Proletariats wahrnehmen. Thälmann meint — oder sagt wenigstens —, die wichtigste Aufgabe der KPD sei es trotzdem auch fernerhin, die Mehrheit des Proletariats zu erobern, und zwar im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Inzwischen darf das Proletariat wohl weitere Niederlagen erleiden? Die Gegenfrage für die kommunistische Opposition ergibt sich hieraus förmlich zwangsläufig. Würde die KPD ihrem Wesen und ihrer Geschichte nicht besser gerecht werden, wenn sie mit der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Reaktion konkurrierte, statt ihre Hauptkräfte gegen sie anzusetzen? Und selbst wenn die beiden Parteien so vorübergehend auf die gleiche taktische Linie kämen — würde die KPD nicht dadurch die Möglichkeit erhalten, die SPD desto besser zu kritisieren und schließlich auch die Mehrheit des Proletariats an sich zu ketten?

Nach alledem ist selbstverständlich, daß die Opposition in beiden Parteien von ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen muß. Jede Partei kann nur aus sich selbst heraus erneuert werden. Beiden Oppositionen bietet sich allerdings das gleiche Kampfmittel: die Forderung nach einem Parteitag. Denn für beide gilt die gleiche Logik: durch Diskussion zur Aktion, durch Aktion zur Einheit, durch Einheit zum Sieg.